

Forschung

Wie kommunales E-Government gestalten?

[17.12.2021] An der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg ist ein Forschungsprojekt gestartet, das sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung im kommunalpolitischen Kontext befasst. Zu dem Forschungsverbund gehört auch der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung.

Der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung beteiligt sich im Auftrag des Zentrums für Digitalisierungs- und Technologieforschung der Bundeswehr an einem Forschungsverbund zum Gestaltungsprozess eines kommunalen E-Governments. Beheimatet ist der Verbund an der Universität der Bundeswehr Hamburg (Helmut-Schmidt-Universität). Es sei oft zu beobachten, dass kommunale Digitalisierungsprozesse im Zuge des Onlinezugangsgesetzes (OZG) von technologischen Machern mit großer Geschwindigkeit vorangetrieben werden. Die Kommunalpolitik könne jedoch dem Tempo, mit dem grundlegende Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden, kaum noch folgen und die Prozesse proaktiv steuern. So komme es immer zu nicht einbezogenen oder nicht informierten Akteuren, nicht intendierten Nebenfolgen, Verzögerungen oder gar zu einem zeitweiligen Scheitern bestimmter Vorhaben, erläutert Thomas Kuder vom vhw die Ausgangssituation, mit der sich das Forschungsprojekt befassen wolle. Das Projekt hat eine Laufzeit von September 2021 bis August 2023. Unter Leitung der Helmut-Schmidt-Universität beteiligen sich daran neben dem vhw auch das Marktforschungs- und Beratungsunternehmen Q | Agentur für Forschung sowie die Stadt Ludwigsburg. Das übergeordnete Ziel, so vhw, sei die Gestaltung eines kommunalen E-Governments als Beitrag zur Stärkung der digitalen Souveränität Deutschlands. Um dies zu erreichen, soll Begleitforschung zur Entwicklung des digitalisierten Bauantragsverfahrens sowie des digitalen Bauamts der Stadt Ludwigsburg stattfinden. Dabei soll untersucht werden, wie sich die technologischen Digitalisierungsprozesse gestalten, wie sie kommunalpolitisch und administrativ eingebettet, kommuniziert und gesteuert und wie sie an das Mehrebenen-System von Bund, Ländern und Kommunen angedockt werden. Daraus sollen theoretisch fundierte Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, die als Orientierungshilfe für die kommunale Praxis dienen können. Geplant ist auch eine Überführung der gewonnenen Erkenntnisse in ein mehrstufiges, auch publizistisch unterlegtes Lern- und Fortbildungsprogramm für zukünftige Digitalisierungsprozesse in Kommunen.

(sib)

Stichwörter: Panorama, Forschung, vhw, Onlinezugangsgesetz (OZG)